



UNITI Bundesverband
mittelständischer
Mineralölunternehmen e. V.

Berlin, 9. Juni 2022

Pressemitteilung

Europäisches Parlament schadet mit Ablehnung von Verbrennern und E-Fuels dem Klimaschutz, den Autofahrern sowie dem Wirtschaftsstandort

UNITI Bundesverband mittelständischer Mineralölunternehmen e.V. kritisiert den Beschluss des EU-Parlaments für ein faktisches Neuzulassungsverbot für Verbrenner ab dem Jahr 2035. Vor allem die Entscheidung, CO₂-neutrale E-Fuels nicht im Rahmen der CO₂-Flottenregulierung anzurechnen, ist sachlich nicht begründbar und stellt einen vorläufigen Höhepunkt des ideologiegetriebenen Kampfes gegen bezahlbare Automobilität dar.

Flüssige synthetische E-Fuels ermöglichen es, Fahrzeuge mit Verbrennungsmotor CO₂-neutral anzutreiben. Dieser angesichts ambitionierter CO₂-Einsparziele eigentlich unverzichtbare Beitrag zum Klimaschutz soll gemäß der gestrigen Entscheidung des EU-Parlaments allerdings weiterhin keine Anrechnung bei der CO₂-Flottenregulierung finden. Damit bleibt eine unüberwindbare Hürde für notwendigen Investitionen der Wirtschaft in den Aufbau dieser klimafreundlichen Technologie bestehen. UNITI-Hauptgeschäftsführer Elmar Kühn: „Das EU-Parlament verhindert mit seinem Votum gegen E-Fuels, dass der Bestand von rund 48 Mio. Verbrenner-Pkw allein in Deutschland in die Bemühungen zum Erreichen der CO₂-Neutralität einbezogen werden kann. Dem Klimaschutz wird damit gewaltiger Schaden zugefügt, der schnelle Übergang zum klimaneutralen Verkehr spürbar verlangsamt und die Bedürfnisse der Menschen geraten völlig aus dem Blick.“ Für ein generelles Verbrennerverbot gäbe es mit dem Einsatz von E-Fuels keine sachlich begründbare, klimapolitische Grundlage mehr. Elmar Kühn folgert: „Es geht den Gegnern der E-Fuels daher erkennbar nicht um Klimaschutz, sondern diese führen vielmehr einen ideologisch motivierten Kampf gegen das Auto selbst. Statt die individuelle Automobilität CO₂-neutral zu gestalten, möchten sie diese de facto unbezahlbar machen und so abschaffen.“ Wenn die Politik einseitig auf die Elektromobilität setzt, wird der Verkehrssektor zukünftig stark etwa mit der Industrie und den privaten Haushalten um den nur unzureichend verfügbaren Grünstrom in Deutschland konkurrieren, was die Preise dafür in die Höhe treiben wird. Elmar Kühn von UNITI: „Autofahren werden sich mittel- und langfristig nur noch Spitzenverdiener leisten können, die sich teure E-Autos anschaffen können und die Möglichkeit haben, zu Hause über die eigene PV-Anlage zu laden. Der knappe Grünstrom aus den – ohnehin absehbar weiterhin unzureichend vorhandenen – öffentlichen Ladenetzen wird für viele Menschen schlicht unerschwinglich sein.“

Schwerwiegende Folgen für den Wirtschaftsstandort

Dem Wirtschaftsstandort drohen durch die gestrigen Entscheidungen des EU-Parlaments im Rahmen des „Fit for 55“-Pakets ebenfalls schwerwiegende negative Folgen. Entwicklung, Bau und der Export von Fahrzeugen mit hocheffizienten und technisch anspruchsvollen Verbrennungsmotoren bilden das Rückgrat der Automobilwirtschaft in Deutschland. Elmar Kühn von UNITI: „E-Autos und deren Batterien sind nicht die Kernkompetenz unserer heimischen Unternehmen, in diesem Feld haben

andere Akteure auf der Welt die Nase vorn.“ Der UNITI-Geschäftsführer warnt vor allem vor neuen Abhängigkeiten, die aus dem alleinigen Fokus auf die E-Mobilität erwachsen: „Wir begeben uns bei den dafür benötigten Rohstoffen vor allem in die Abhängigkeit von China. Das Land wird aber wohl kaum die benötigten seltenen Erden an uns für den Batteriebau exportieren, wenn diese vergleichsweise technisch simplen Produkte auch dort gefertigt werden können - und das auch noch kostengünstiger. Deutschland wird ohne Verbrennungsmotor als Standort für die Automobilproduktion zugunsten Chinas an Bedeutung verlieren. Das bedeutet massive Arbeitsplatzverluste in industriellen Kernsektoren hierzulande.“

Chance vergeben, Europa als PtX-Vorreiter zu positionieren

E-Fuels als flüssige Power-to-X-Produkte würden dagegen solche einseitigen Abhängigkeiten und negativen Implikationen vermeiden helfen, denn sie können in diversen Potentialregionen der Welt, wo Sonnen- und Windenergie anders als in Deutschland im Überfluss vorhanden sind, gewonnen werden. Elmar Kühn: „Europa vergibt so auch die Chance, sich als Technologievorreiter bei zukunftssträchtigen PtX-Anwendungen zu positionieren. Die negativen Folgen eines Verbrennerverbots und einer regulatorischen Blockade der E-Fuels könnten in wenigen Jahren weltweit als abschreckendes Beispiel dafür dienen, wie man den Weg zur CO₂-Neutralität gerade nicht angehen sollte.“

Hoffnung setzt der UNITI-Hauptgeschäftsführer in den EU-Ministerrat, der sich in Kürze mit dem „Fit for 55“-Paket beschäftigen wird. „Vor allem in Süd- und Osteuropa kann und wird E-Mobilität allein schon aus Kostengründen weiterhin keine Rolle spielen. Ich hoffe, vor allem die Vertreter dieser EU-Mitgliedsstaaten unterstützen eine Korrektur der Entscheidungen des EU-Parlaments und agieren damit im Interesse des Klimaschutzes sowie ihrer Bürger.“

Über UNITI:

Der UNITI Bundesverband mittelständischer Mineralölunternehmen e. V. repräsentiert rund 90 Prozent des Mineralölmittelstandes in Deutschland und bündelt die Kompetenzen bei Kraftstoffen, im Wärmemarkt und bei Schmierstoffen. Rund 70 Prozent der freien Tankstellen und rund 40 Prozent der Straßentankstellen sind bei UNITI organisiert. Überdies versorgen die UNITI-Mitglieder etwa 20 Millionen Menschen mit Heizöl, einem der wichtigsten Energieträger im Wärmemarkt. Ebenso zum Verband zählen die meisten unabhängigen mittelständischen Schmierstoffhersteller und Schmierstoffhändler in Deutschland. Die rund 1.000 Mitgliedsfirmen von UNITI erzielen einen jährlichen Gesamtumsatz von etwa 35 Milliarden Euro und beschäftigen rund 80.000 Arbeitnehmer in Deutschland.

Pressekontakt:

Alexander Vorbau, M.A.

Leiter Kommunikation

Tel.: (030) 755 414-520

E-Mail: vorbau@uniti.de

UNITI Bundesverband mittelständischer Mineralölunternehmen e.V.